

Antrag der AG Wirtschaft und Finanzen an die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Leipzig von Bündnis 90/Die Grünen

Status: mehrheitlich angenommen

Bestandsaufnahme der finanziellen Lage der Stadt Leipzig und grüne Standpunkte zum Haushalt 2011

Die aktuelle Finanzpolitik des Bundes und des Freistaates Sachsen wird der Rolle der Kommune als politischer und sozialer Akteur in unserer Gesellschaft nicht gerecht. Die Städte garantieren wirtschaftliche Entwicklung und ermöglichen eine lebendige (post-)moderne Demokratie, indem sie zentrale öffentliche Leistungen für die BürgerInnen sowie die Wirtschaft bereitstellen.

Diese Bedeutung ist den Regierenden in Bund und im Freistaat offenbar nicht mehr bewusst. Die aktuellen Entwicklungen in Steuergesetzgebung und Mittelzuwendung an die Städte und Gemeinden untergraben das Fundament der städtischen Selbstverwaltung. Die Qualität und Verlässlichkeit der elementaren kommunalen Leistungen ist gefährdet. Es ist ein Unding, dass die Städte insbesondere in Sachsen mehr und mehr zu lästigen Bittstellern der Finanzminister von Bund und Land werden.

Die Städte dürfen nicht zu einer gebührenfreien Müllhalde der Probleme verkommen, mit denen sich Bund und Länder nicht mehr befassen wollen oder können. Wir **fordern daher die Leipziger Bundestags- und Landtagsabgeordneten aller Parteien** auf, in ihren jeweiligen Parlamenten für die Verwirklichung der dringend anstehenden, grundlegenden Gemeindefinanzreform einzutreten. Vorrangiges Ziel dieser Reform muss dabei sein, dass für die Kommunen auch das Konnexitätsprinzip gilt, welches in den Beziehungen zwischen Bund und Land bereits besteht. Konnexität besagt, dass die aus der Durchführung einer auf die Kommune übertragenen Aufgabe erwachsenden finanziellen Belastungen denjenigen treffen sollen, der die Aufgaben festgelegt hat. Es muss endlich gelten: „Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen“.

Wir **fordern alle Landtagsabgeordneten Leipzigs** mit Nachdruck auf, die nicht zu finanzierenden kommunalen Mehrbelastungen, welche durch das von der Staatsregierung vorgesehene Sparprogramm entstehen, abzulehnen. Dieses Sparprogramm würde die Stadt Leipzig u.a. wie folgt unvorhergesehen belasten:

<i>Nichtdurchreichung der Bundesmittel zur Finanzierung der Betriebskosten des Krippenbereichs</i>	- 1,8 Mio €
<i>Abschaffung des beitragsfreien letzten Kita-Jahres</i>	noch nicht bezifferbar
<i>Absenkung Kulturlastenausgleich</i>	- 2,6 Mio €
<i>Absenkung Jugendförderungspauschale</i>	- 0,6 Mio €

Eine weitere dramatische Einnahmever schlechterung beim kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen für die Großstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig ist zu erwarten, wenn die schwarz-gelbe Staatsregierung ihre Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag wahr machen sollte, einen Flächenfaktor im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches anzustreben. Wir fordern die Leipziger

Landtagsabgeordneten aller Parteien auf, diesen Absichten der Landesregierung entgegenzutreten.

Leipzig droht im Haushalt 2011 derzeit ein Defizit von 52 Mio €. Wir unterstützen das Bestreben der Stadtverwaltung, dieses Defizit durch Sparmaßnahmen und Einnahmesteigerungen zu verhindern. Das Prinzip der Nachhaltigkeit gilt auch für die kommunale Haushaltspolitik; der Schuldenberg Leipzigs kann nicht auf Kosten unserer nachfolgenden Generationen immer weiter erhöht werden. Der Sparkurs muss jedoch mit Augenmaß geplant und umgesetzt werden. Unreflektierte Sparvorschläge (z.B. Schließung des Naturkundemuseums) entpuppen sich meist als Luftbuchungen und sind nur geeignet die notwendige Vertrauensgrundlage zwischen BürgerInnen und der Verwaltung sowie dem Stadtrat zu zerstören.

Unsere Standpunkte für die bevorstehenden städtischen Haushaltsberatungen 2011 sind folgende:

1. Für einen Sparkurs mit Augenmaß ist es notwendig, dass Verwaltung und Stadtrat endlich Prioritäten für die Entwicklung der Stadt setzen. Das lässt die bisherige Politik des Oberbürgermeisters und seiner Verwaltung vermissen.
2. Im **Verwaltungshaushalt** muss darauf geachtet werden, dass durch die notwendigen Einsparungen die sozialen Gegensätze nicht weiter vertieft werden. Die Aufrechterhaltung von Jugend- und Bildungseinrichtungen sowie Schulen hat Vorrang.
Im Kulturbereich darf die Sparpolitik des Landes nicht dazu führen, dass durch wahllose Kürzungen die Kulturlandschaft Leipzigs in einer Weise verarmt, die nicht wieder rückgängig zu machen ist.
Personalabbau in der Verwaltung sollte nicht mit dem Rasenmäher, sondern durch gezielte, aufgabenorientierte Zusammenlegung von Dezernaten und Ämtern und Abflachung von Hierarchien erfolgen.
3. Im **Vermögenshaushalt** sind Prestigeobjekte wie die Kongresshalle, das Parkhaus am Zoo, aufwendige Straßenausbaumaßnahmen oder der Ausbau des Lindenauer Hafens verantwortlich künftig nicht mehr zu finanzieren. Die derzeitige Finanzsituation der Stadt verbietet die Verschwendung finanzieller Ressourcen in Prestigeobjekten. Stattdessen fordern wir den gezielten Einsatz der zur Verfügung stehenden Gelder für die Instandsetzung von Kitas, Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen.
4. Nach Ausschöpfung aller verantwortbaren Sparmöglichkeiten sind **Einnahmesteigerungen** durch eine Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer möglich und vertretbar.
Zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt können auch die städtischen Betriebe der Daseinsvorsorge und ihre Tochter- und Enkelunternehmen beitragen. Dazu ist es notwendig, die kommunalen Unternehmen mittel- bis langfristig wieder auf finanziell gesunde Beine zu stellen. Dies wird aber nur gelingen, wenn kommunale Unternehmen nicht als Reparaturtrupp für kommunale Haushaltslöcher missbraucht werden.